Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 15 (1947-1948)

Artikel: Die Sonderbundswirren und das Ausland
Autor: Bonjour, Edgar
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-758476

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DIE SONDERBUNDSWIRREN UND DAS AUSLAND

VON EDGAR BONJOUR

Um die eidgenössische Bewegungspartei zu befähigen, in dem Anfang November 1847 ausgebrochenen Bürgerkriege den Sieg zu erringen und ihm Dauer zu verleihen, bedurfte es eines glücklichen Zusammentreffens äußerer Umstände. An der Herbeiführung dieser günstigen außenpolitischen Konstellation hatten die Radikalen keinen Teil. Wohl aber war es ihr Verdienst, die Gunst der Stunde so hochgemuten Herzens und gewandten Geistes genützt und damit der Bevormundung durch das Ausland ein vorläufiges Ende bereitet zu haben. Denn seit der Neukonstituierung der Eidgenossenschaft durch den Wiener Kongreß stand sie in Abhängigkeit von den Großmächten; diese hatten ihr den innern Frieden wiederhergestellt, die ersehnte Gebietsabrundung verschafft, zur Ausgestaltung des Bundesvertrags sowie der Kantonsverfassungen Ratschläge gegeben und ihre Stellung in Europa bestimmt. Nach der berühmten Neutralitätsakte billigten sie der Eidgenossenschaft Unabhängigkeit von jedem fremden Einfluß zu, die dem europäischen Interesse entspreche. Zugleich begannen sie jedoch, über dem von ihnen umgeschaffenen Staatengebilde zu wachen, damit nicht im Herzen des Kontinents ein allgemeiner Unruheherd entstehe. Die liberalen Umwälzungen in den Kantonen hatten sie hingehen lassen. Sobald aber die Neuerer mit ihrem Programm, die Eidgenossenschaft im liberalen Geiste zu einigen und zu festigen, offen hervortraten, stutzte Metternich. Erst noch hatte er den Mangel einer eidgenössischen Zentralgewalt bitter beklagt, weil die Durchführung vom Ausland inspirierter Maßregeln an der Vielheit der souveränen Kantone scheitere. Ein konservativer Führerkanton, mit dessen Hilfe er seine Ideen in der Schweiz hätte durchsetzen können, wäre ihm damals sehr erwünscht gewesen. Jetzt aber stellte er sich dem Einheitsstreben der Liberalen und Radikalen entgegen. Er sah voraus, daß ihre Tendenzen bei manchen Kantonen auf Widerstand stoßen würden und befürchtete davon Erschütterungen in der Schweiz, die der Ruhe Europas gefährlich werden könnten. Zudem widerstrebte es seinem ganzen System, hier den Liberalismus mit seinen ansteckenden Neuerungen — in seinen Augen das böse Prinzip — triumphieren zu lassen. Einen Rückfall der Schweiz in den helvetischen Einheits-

staat unseligen Angedenkens wollte er unbedingt vermeiden. Wie keck der Linksliberalismus in der Schweiz sein Haupt erhob, zu was für verwegenen Herausforderungen des Auslandes er schritt, zeigte ihm der Einfall in Savoyen und die andauernde Hetze der Flüchtlinge.

Aus seiner großen Sorge für die Ruhe Europas und seines österreichischen Staates heraus begann Metternich, auf die Eidgenossenschaft wieder nachhaltiger einzuwirken und sie ihre Abhängigkeit vom Ausland stärker fühlen zu lassen. Jedoch gelang es ihm nicht immer, einen konzentrischen Druck der Großmächte auf die Schweiz zustande zu bringen. Wenn sich diese mehrmals der Einsprache des Auslandes erfolgreich zu erwehren vermochte — so nach dem Savoyerzug 1834, bei der Ausweisung des Prinzen Louis-Napoléon 1838, bei der Aufhebung der aargauischen Klöster 1841, bei dem Unwesen der Freischarenzüge 1845 —, so verdankte sie das vor allem der Unstimmigkeit Europas. Mit außerordentlichem Geschick verstanden es die liberalen Staatsmänner, die eine Großmacht gegen die andere auszuspielen und die Schweiz so durch größte Fährlichkeiten hindurch zu retten — eine Politik, die hier schon früh zum System ausgebildet worden war und von den alten Eidgenossen wie von den radikalen Jungschweizern mit gleicher Geschicklichkeit gehandhabt wurde. Trotzdem blieb die freie Selbstbestimmung der Schweiz beschränkt. Das mußte sogar ein so selbstbewußter und national empfindlich reagierender Mann wie der Berner Schultheiß Karl Neuhaus, Präsident der Tagsatzung, anerkennen. Einem fremden Gesandten, der ihn recht unsanft daran mahnte, die Eidgenossenschaft schulde ihr Dasein den Großmächten, die ihr politisches Leben eingehaucht hätten, antwortete er seufzend: «Das ist leider wahr.» Aber nur knirschend vor Erbitterung gestanden sich die Radikalen die Tatsache dieser Gebundenheit ein. Es war in ihren Augen eine Schmach, daß die Schweiz vom Wohlwollen des Auslandes leben sollte. Gerade die außenpolitische Aktionsunfähigkeit des Bundes bildete für sie den Hauptgrund zu dessen Vereinheitlichung. Sie waren fest entschlossen, die Bundesrevision trotz dem Einspruch der Großmächte, ja gegen sie, durchzuführen und bei dieser Gelegenheit das verhaßte Joch des Auslandes abzuschütteln, was sie als ihre geschichtliche Sendung auffaßten. Der nationale Gedanke, in der Mediation und Restauration noch vorwiegend kulturell aufgefaßt, wurde jetzt mit moderner politischer Sprengkraft geladen. Er gehörte zu den ersten Wesenszügen des Radikalismus und gab ihm in den breiten Massen den starken Auftrieb.

Nicht von vornherein stellte sich das Ausland einer Bundesrevision entgegen. Metternich konstatierte noch 1841 ausdrücklich, die Mächte hätten den Bundesvertrag nicht garantiert, es stehe im Belieben der

Schweiz, ihn durch eine andere Verfassung zu ersetzen, nur müsse dies in gesetzmäßiger Weise geschehen. Das Vorgehen gegen die aargauischen Klöster bedeute eine Vertragsverletzung, einen Bundesbruch, der zum Bürgerkrieg führen und Europa in Mitleidenschaft ziehen könne; deshalb habe sich Oesterreich vorzusehen. Aus diesen maßvollen Worten hörten die Radikalen ganz richtig das Veto des österreichischen Staatskanzlers gegen eine revolutionäre Umgestaltung der Schweiz. Nun waren sie aber willens, zur Gründung des Bundesstaates, wenn keine andere Möglichkeit dazu bestehe, den Weg der Legalität zu verlassen. Neuhaus hat es bei Anlaß einer Diskussion über die Jesuitensache seinem Gesprächspartner fast brutal ins Gesicht gesagt: «Ich kümmere mich nicht um den Bundesvertrag; er ist ein Fetzen Papier! Salus publica suprema lex esto. Ich will die Schweiz retten.» Und weniger zynisch, aber deutlich genug führte er als Präsident der Tagsatzung aus, auch vor den Ohren des Auslandes: «Ein Bundesvertrag, ist er alles? Macht er die Nation aus und besteht ein Volk ohne Bundesvertrag gar nicht? Ich zaudere nicht, diese Frage verneinend zu beantworten.» Es konnte den Radikalen nur recht sein, wenn der von ihnen so verabscheute Bundesvertrag durchlöchert und allgemein verächtlich gemacht wurde. Die Aufhebung der aargauischen Klöster und die Freischarenzüge waren ihnen auch aus diesem Grunde willkommen. Jetzt aber wandelte sich die ernste Warnung des Auslandes zum bittern Tadel, schließlich zur schweren Drohung: Wenn die Voraussetzungen nicht mehr bestünden, unter denen die Mächte seinerzeit die Neutralitätsakte erlassen hätten, so würden sie sich nicht mehr daran gebunden fühlen.

Die große Frage war bloß, ob sich unter den europäischen Staaten die nötige Einheit des Handelns würde herstellen lassen. Metternich hörte seit dem Abschluß des Wiener Friedens nicht auf, eindringlich darzulegen, daß isoliertes Vorgehen nicht zum Ziele führe und empfahl immer wieder gemeinsame Maßregeln. Neben dem üblichen Gegensatz der Kabinette bestand jedoch die alte Gegnerschaft zwischen den schweizerischen Nachbarn Oesterreich und Frankreich weiter, ein Spannungsfeld, in welchem die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft gut zu gedeihen pflegte. Jede Großmacht war zudem wieder von anderen Interessen abhängig, die ihr in gewissen Zeiten ein bestimmtes Verhalten vorschrieben — auch dies ein großes Hindernis zur Bildung der von Metternich so sehr gewünschten Gesinnungs- und Aktionseinheit.

Da veränderte sich die Situation von Grund auf, als Frankreich infolge der Spanischen Heiraten sich mit dem whigistischen England überwarf und, im Innern jetzt völlig konservativ, den Anschluß an den östlichen Dreimächteblock suchte. Dessen führendes Glied, Oester-

reich, hatte sich mit England wegen der Annexion Krakaus verfeindet, was ihm eine Annäherung an Frankreich erleichterte. Die Entente Cordiale der Westmächte ging in die Brüche; England, sich isoliert fühlend, nahm sich jetzt entschiedener der schweizerischen und italienischen Liberalen an. Diese neue europäische Konstellation zeitigte ihre entscheidenden Rückwirkungen auf die Vorgänge in der Schweiz. Sie war für die Eidgenossenschaft ein ähnlich folgenschweres Ereignis wie das «Renversement des Alliances» im achtzehnten Jahrhundert. Dem Doppeldruck Oesterreichs und Frankreichs hätte die Schweiz wohl kaum widerstehen können, wenn nicht England seine eigenen Wege gegangen und den konservativen Mächten entgegengetreten wäre. So diente es den schweizerischen Radikalen als rettender Balken, wie Siegwart, das Haupt des Sonderbundes, schmerzlich enttäuscht schrieb.

Die Stellung der einzelnen europäischen Staaten zur Eidgenossenschaft war eine vielfach gestufte und differenzierte. Am stärksten interessierten sich für das innerschweizerische Geschehen Oesterreich und Frankreich, die alten Eckpfeiler des außenpolitischen Systems der Schweiz. Metternich hatte von jeher versucht, die Eidgenossenschaft in seine mitteleuropäische Friedensorganisation einzubauen. Die Schweiz sei durch ihre geographische Lage zwischen den Revolutionsherden Frankreichs und Italiens eines der Länder, das am meisten zum Sieg des Guten oder des Bösen beitragen könne, schrieb er. Deshalb suchte er die Eidgenossenschaft zunächst für seine konservative Europa-Ordnung gesinnungsgemäß einzunehmen, indem er ihre nationale Unabhängigkeit schonte. Mit wachsender Besorgnis verfolgte er aber, wie das Gift des Radikalismus den eidgenössischen Staatskörper durchsetzte und die umliegenden Länder mit Ansteckung bedrohte. Früh schon erkannte er den sozial-revolutionären Einschlag in der schweizerischen Bewegung und vertrat immer nachhaltiger die Ueberzeugung, die Radikalen richteten sich gegen die geltende gesellschaftliche Ordnung. Nicht nur die Schweiz, sondern alle Staaten seien davon bedroht; denn der Staat war ihm «gesellschaftliche Organisationsform». Noch kurz vor Ausbruch des Sonderbundskrieges bewertete er die Vorgänge in der Schweiz als eine «vollständige Negation aller Grundlagen gesellschaftlicher Ordnung durch die mit der Macht bekleideten Männer». Nicht die Demokratie an sich schien ihm verwerflich, sondern nur die moderne Demokratie. Ueber die Urkantone urteilte er 1845, sie böten «das höchst seltsame Beispiel eines siegreichen Kampfes der Demokratie mit ihrer Karikatur, der Demagogie». Da seine europäische Politik nach eigener Definition «Gegenwirkung und Rückschlag gegen die aufklärerisch-individualistische Demokratie» sein sollte, mußte er sich gegen deren Ausläufer,

den schweizerischen Radikalismus, stemmen. Er erklärte denn auch, «daß der Kampf, der in der Schweiz bevorsteht, unser Kampf ist».

Die jahrzehntelange Bekämpfung dieses «subversiven» Elementes hatte ihn nicht ermüdet, wohl aber ihm die frühere Elastizität geraubt. Seine gedanklich fundierte und ehemals so entwicklungsfähige Gesamtkonzeption Europas war ihm jetzt zum festen Schema erstarrt. Noch immer stand der wachsame Hüter der europäischen Ordnung auf seinem Posten und mobilisierte die Mächte in eindringlichen Noten gegen den gemeinsamen Feind. Aber in seinem Handeln wies er nicht mehr die durchgreifende Energie früherer Jahre auf; es ist wohl möglich, daß der feinhörige Staatsmann schon den unterirdischen Donner im eigenen Lande vernahm, was ihn in seinen Aktionen hemmte. Auch stand ihm zur Durchführung seiner Absichten in der Schweiz in der Person des österreichischen Gesandten nur ein recht unvollkommenes Werkzeug zur Verfügung.

Einen viel rührigeren Vertreter hatte Frankreich in der Schweiz akkreditiert, welcher stürmisch die bewaffnete Intervention des Auslandes zugunsten des Sonderbundes betrieb. So weit aber wollten weder Ministerpräsident Guizot noch gar Louis-Philippe gehen. Zwar stimmten sie im Prinzip durchaus mit Metternich überein. Der dogmatische Guizot tat das in langatmigen Noten an Oesterreich und in majestätischer Beredsamkeit vor der französischen Kammer. In seinen Memoiren hat er seinen grundsätzlichen Standpunkt bündiger angegeben: «Der Bundesvertrag, die Unabhängigkeit der Kantone in ihren inneren Angelegenheiten, die Freiheit des Unterrichtes, die von der Mehrheit der Minderheit gebührende Achtung und Garantie, alle Prinzipien einer freien Regierung und der europäischen Ordnung waren zugunsten des Sonderbundes.» Als Protestant, der in Genf aufgewachsen war, mochte er sich aber für die Jesuiten nicht einsetzen. Es war ihm auch sehr daran gelegen, England für ein gemeinsames Vorgehen zu gewinnen, ein schwieriges Unternehmen, da sich Palmerston und Metternich schlecht vertrugen. Umgekehrt durfte er es jedoch nicht mit Metternich verderben, um nicht ein separates Einschreiten Oesterreichs in der Schweiz zu provozieren, was Frankreichs Interessen widersprochen hätte. Diese Bindungen nach allen Seiten haben Guizot in seiner Schweizer Politik stark gehemmt.

Und noch weniger schroff gedachte der König, der die französische Außenpolitik autoritär leitete, gegen die Tagsatzungspartei vorzugehen. Er befürchtete davon Reaktionen auf die Propaganda bei der anschwellenden Opposition im eigenen Land. Bereits feierten die französischen Liberalen öffentlich die Sache ihrer schweizerischen Gesinnungsfreunde und warfen der Regierung vor, in Bern jesuitische Politik zu treiben. Es bestanden direkte Beziehungen zwischen den

schweizerischen Radikalen und den oppositionellen Elementen Frankreichs. So beantwortete der einflußreiche Waadtländer Staatsrat Druey eine Einladung zum Reformbankett von Châlons: Auf beiden Seiten des Jura handle es sich jetzt darum, vom Gebiet der Ideen auf jenes der Tat zugunsten der großen Grundsätze der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit überzugehen. Wie leicht konnten da die Schweizer Extremisten, wenn sie allzusehr gereizt wurden, die revolutionäre Brandfackel nach Frankreich hinüberwerfen. Also mußten sie vorderhand noch behutsam behandelt werden. Im geheimen aber — und das entsprach ganz dem kleinlichen Versteckenspiel Louis-Philippes — unterstützte er den Sonderbund soviel als möglich, mit seiner Diplomatie und mit Lieferungen aus französischen Arsenalen.

Nicht so nahe wie Frankreich oder Oesterreich stand Preußen den schweizerischen Verhältnissen. Sein Herrscher allerdings hat sich wie kein anderer Monarch und wie kaum ein anderer Ausländer leidenschaftlich mit den Vorgängen in der Eidgenossenschaft auseinandergesetzt. Einmal berührten sie ihn schon als Fürsten seines geliebten Juraländchens Neuenburg. Sodann und vor allem aber verletzten ihn die Radikalen in seinen heiligsten Staatsanschauungen. Sein Ideal sah er in ständisch-aristokratischer Schichtung der Gesellschaft, in der Autonomie kleiner Körperschaften gegenüber politischem Einheitsfanatismus, in der Bewahrung der überkommenen göttlichen Rechte gegen Eingriffe gesetzgeberischer Willkür. Er war ganz der Meinung seiner Intimen, von denen einige kurz vor Kriegsausbruch in die Innerschweiz gereist waren und nun voll Bewunderung zurückkehrten für «die wunderbar charakteristischen, grunddemokratischen und zugleich höchst konservativen und uralten Rechte und Verfassungen von Nidwalden». Und so bildete sich denn bei Friedrich Wilhelm IV. die «tiefinnigste Ueberzeugung», der er später dahin Ausdruck gab, «daß das gründliche Ausbrennen dieses (schweizerischen) Rattennestes, von wo aus jegliche Obrigkeit umher angenagt wird, ein unermeßliches Glück für die nächste Zukunft Europas sein müßte».

Den schweizerischen Verhältnissen noch weiter entrückt war das dritte Glied des Ostblockes: Rußland. Zar Nikolaus, von dringenderen Sorgen als den eidgenössischen geplagt, wollte nicht mehr so gestaltend in die schweizerischen Verhältnisse eingreifen wie sein Bruder Alexander. Als dem Oberhaupt der orthodox-griechischen Kirche lag es ihm zudem wenig, sich für die römisch-katholische Partei einzusetzen. Wie er vom Sonderbund um Unterstützung angegangen wurde, stellte der russische Gesandtschaftssekretär die hämische Gegenfrage, ob nicht die Jesuiten Geld geben könnten. Die süddeutschen Staaten, die, wie Baden, bereits beträchtliche radikale Elemente enthielten, konnten dem Sonderbund keine nennenswerte Rückenstärkung

gewähren. Auch Sardinien, dessen zwiespältiger König Karl Albert zwar mit der Schutzvereinigung fühlte, aber doch schon mit der Revolution in Italien sympathisierte, war wenig verläßlich.

Entgegen den drei Oststaaten und Frankreich hat von den europäischen Großmächten einzig England den Sonderbund nicht begünstigt, neigte vielmehr — unter bestimmten Voraussetzungen — der Tagsatzungspartei zu. Die Führung der britischen Außenpolitik lag ganz in Palmerstons Händen. Von Louis-Philippe fühlte er sich durch dessen Hinterhältigkeit in der Spanienfrage persönlich beleidigt, während gegen Metternich ein altes Mißtrauen vorwaltete, beides keine gute Grundlage einer gedeihlichen Zusammenarbeit. Es wäre allzu gefühlsmäßig geurteilt, Palmerstons Unterstützung der Tagsatzungspartei aus einer weitgehenden Uebereinstimmung seiner staatspolitischen Ansichten mit denjenigen der schweizerischen Radikalen zu erklären. Für den revolutionären Radikalismus hatten er und seine Minister wenig übrig. Aber man erwärmte sich in England doch immer wieder für die Freiheitsäußerungen helvetischer Volksbewegungen, während man in der Eidgenossenschaft, sogar im konservativen Basel, das alte Verfassungsland Britannien bewunderte. Ausschlaggebend für Palmerstons Einstellung zu den Schweizer Parteien blieben jedenfalls reine Interessenerwägungen. England, in seinem Innern mit einem sozialen Umbildungsprozeß beschäftigt, brauchte für seine den ganzen Erdkreis umspannende Großindustrie, seinen Großhandel und seine Weltpolitik den Frieden auf dem europäischen Festland. Intervenierten Frankreich und Oesterreich bewaffnet in der Schweiz, so konnte daraus leicht ein zentraleuropäischer Konflikt entstehen. Er drohte nicht nur den kontinentalen Friedensmarkt zu stören, sondern auch das europäische Gleichgewicht, eine der Vorbedingungen von Englands Weltgeltung.

Als Palmerston für sich die Gewißheit erlangt hatte, daß die Schweiz nicht eher zur inneren Ruhe gelangen werde, als nicht der Sonderbund aufgelöst und der Bundesvertrag revidiert seien, ließ er der Tagsatzungspartei freien Spielraum zum kriegerischen Austrag. Jedoch war er willens, unmittelbar nach dem Sieg der Zwölferstände diese zur Mäßigung anzuhalten, um die dauernde Pazifikation der Schweiz zu erreichen. Er stand mit der Vorortsregierung durch seinen Gesandten in direktem Kontakt, während die Ostmächte zu Beginn des Krisenjahres 1847 ihre diplomatischen Vertreter aus Bern zurückgezogen hatten, um diesem «Freischarenregiment» ihr Mißfallen zu bezeugen.

Auch mit dem Sonderbund konnten die Ostmächte fast nur auf dem umständlichen schriftlichen Wege verkehren. Siegwart, der auf

gute Beziehungen zum Ausland besonderen Wert legte, versuchte mehrmals, das Eintreten der Mächte für den Sonderbund zu intensivieren. Aber ein Gesuch um bewaffnete Intervention hat er in der Zeit der Kriegsrüstungen nicht gestellt. Wenn der österreichische Gesandte schon 1846 nach Wien berichtete, die Siebenerstände hofften, daß, bevor sie zugrunde gingen, ein rächender Arm ihre Feinde erreichen werde, so ist das zu unbestimmt, um die Leiter des Sonderbundes zu belasten. Es scheint überhaupt, daß Siegwart zunächst vielmehr einen rechtlichen Einspruch der Mächte wünschte als eine militärische Gewaltmaßregel. Metternich hat nicht ausdrücklich eine bewaffnete Dazwischenkunft in Aussicht gestellt. In der Instruktion an seinen Gesandten hieß es lediglich, die anscheinende Impassibilität Oesterreichs werde an dem Tage aufhören, «an welchem durch einen in der Schweiz ausgebrochenen Bürgerkrieg die Ruhe und die Sicherheit ernstlich bedroht wären». Als Staatsschreiber Bernhard Meyer unter dem Vorwand der Teilnahme an einer Postkonferenz in Wien weilte, hörte er vom Staatskanzler, die Mächte würden den Sonderbund nur schützen, wenn er angegriffen worden sei; als Angreifer würden die Siebenerstände jede Einmischung zu ihren Gunsten von vornherein unmöglich machen.

Mit Andeutungen einer möglichen Dazwischenkunft — wobei aber der Charakter einer solchen Aktion nie deutlich angegeben wurde — glaubte Metternich, die Radikalen vor extremen Schritten zurückhalten zu können. Davon versprach sich Siegwart jedoch nicht viel. Je näher die Gefahr eines Angriffs rückte, desto dringender wünschte er wirksamere Gegenmaßnahmen der Mächte. Da er den Kampf seiner Schutzvereinigung für das Avantgardegefecht der europäischen Zivilisation hielt, wiederholte er den Kabinetten, sie handelten in eigener Sache, wenn sie den schweizerischen Radikalismus bändigten: «Wir fechten den Vorkampf für die Gesetzlichkeit. Siegen wir, so wird der Sieg eine mächtige Rückwirkung auf die Nachbarvölker haben, unterliegen wir, so wird die Revolution in diesen ihr Haupt erheben.» Deshalb bat denn Siegwart geradezu darum, die Mächte möchten ihren gemeinsamen Erklärungen über den Schutz des Bundesvertrages mit großen militärischen Demonstrationen an der Grenze Nachdruck verschaffen, erreichte aber nichts Wesentliches.

Die Radikalen dagegen erfuhren gerade damals von England diplomatische Stärkung. Palmerston ließ dem Bundespräsidenten seine Befriedigung darüber aussprechen, daß dieser alles in seiner Macht liegende tun wolle, die innere Ruhe in der Schweiz zu wahren, und flocht dabei ein Kompliment ein über die bekannte Energie seines Charakters — eine bloße Höflichkeitsgeste, welche nun aber die Radikalen sofort als ein weites Entgegenkommen Englands auf-

bauschten. Und in gleich übertriebener Weise deuteten die Radikalen Großbritanniens Haltung, als Lord Minto den Präsidenten Ochsenbein besuchte. Jener befand sich auf der Durchreise nach Italien, wo er unter anderem vom Papst die Rückberufung der Jesuiten aus der Schweiz erreichen sollte. Ochsenbein dankte dem Lord ostentativ für die Wohlgesinntheit des britischen Kabinetts gegenüber der Tagsatzung und ließ durch die radikale Presse verbreiten, wie großen Anteil England an der Unabhängigkeit der Schweiz nehme und wie es jede fremde Invasion ablehne. Palmerston aber wollte sich keinesfalls in seiner Schweizer Politik festlegen lassen, da ja gerade die Ungewißheit über seine endgültige Parteinahme den Haupttrumpf in seinem diplomatischen Spiel bildete. So ließ er denn die weitgehenden Folgerungen, die die Radikalen aus Mintos Besuch zogen, dementieren. Auch Ende Oktober noch, als Dufour bereits gewählt war, mahnte er Ochsenbein eindringlich zum Frieden: Ein Bürgerkrieg führe leicht zur Intervention des Auslandes und zu dauerndem fremden Einfluß auf das innere Staatsleben.

Aber bereits waren auf der Tagsatzung die Würfel gefallen. Sobald einmal Palmerston eingesehen hatte, daß der Krieg seinen Lauf nehmen werde, ging seine Politik darauf aus, eine bewaffnete Dazwischenkunft der Mächte hinauszuschieben, bis daß die Schweizer ihren inneren Zwist selber überwunden hätten. Der ihm von seinen Feinden zugeschriebene Rat an Dufour, den Krieg rasch zu beendigen — in dieser Form bestimmt nicht erteilt —, entsprach aber genau seinen Absichten. Der englische Gesandte erfaßte die geheimen Wünsche Palmerstons so richtig und verkehrte mit radikalen Politikern, auch mit Offizieren der eidgenössischen Armee, auf so vertrautem Fuße, daß wahrscheinlich sowohl Ochsenbein als auch Dufour um die Einstellung des britischen Premiers gewußt haben. Das initiative diplomatische Spiel Palmerstons wird jedoch in seinen Einzelheiten kaum zu ihrer Kenntnis gelangt sein.

Erst jetzt griff Palmerston mächtig in die Schweizer Frage ein, mit der er sich bisher unlustig beschäftigt hatte, indem er in Frankreich eine gemeinsame Demarche der Mächte anregen ließ. Guizot, beglückt darüber, daß Palmerston nun doch endlich mitmachen wolle, verfaßte den Entwurf einer identischen Note, worin den streitenden Parteien vorgeschlagen wurde, die Jesuitenfrage dem Entscheide des Papstes vorzulegen und die politischen Fragen einer Mediationskonferenz der Großmächte zu unterbreiten. Metternich hatte zwar an diesem Projekt allerhand zu bemängeln, pflichtete jedoch bei, damit keine Zeit verloren gehe; auch Preußen gab seine unbedingte Zustimmung. Palmerston aber antwortete mit einem Gegenprojekt, welches lange diskutiert wurde, so daß erst am 28. November das aus sehr müh-

samen Verhandlungen hervorgegangene Kompromißwerk einer identischen Note die Pariser Kanzlei verlassen konnte.

Wie dieses Produkt großmächtlicher Diplomatenweisheit in der Schweiz anlangte, war der Krieg entschieden und der Sonderbund aufgelöst. Dennoch gaben die Gesandten der Ostmächte auftragsgemäß ihre Noten ab. England wahrte sich auch hier eine Sonderhaltung, zur großen Entrüstung der andern Staaten. Palmerston hatte mit der Note den in der Schweiz von seiner früheren Gesandtschaft her hochangesehenen Stratford Canning auf dem Umweg über Paris nach Bern geschickt. Als dieser schließlich am 7. Dezember hier ankam, war die Ruhe schon so weit wiederhergestellt, daß er — wie Palmerston es gehofft hatte — die Note in der Tasche behielt. Deshalb traf der Spott, mit dem die Tagsatzung die identische Note entgegennahm, England in keiner Weise. Die eidgenössische Regierung belehrte die Mächte im übermütigen Tone des Siegers, daß ein Vermittlungsangebot einen Kriegszustand voraussetze, der aber gar nicht mehr bestehe; überdies widerspreche ein solcher Interventionsversuch der vertragsmäßig anerkannten Stellung der Schweiz in Europa.

Palmerstons gewagte, fast abenteuerliche, aber virtuos gehandhabte Politik hatte vollkommen gesiegt. Für seine unschätzbaren Dienste bezeugten ihm die Radikalen ihren Dank, dem sie auch gegenüber Stratford Canning diskreten Ausdruck gaben. Dieser machte jetzt aber — in genauer Befolgung von Palmerstons Instruktionen — nicht etwa mit den Radikalen gemeinsame Sache, distanzierte sich vielmehr von ihnen. Nun der Kampf entschieden war, kehrte England zu seiner anfänglichen Verteidigung des Bundesvertrages zurück, hat diesen Gesichtspunkt wohl auch überbetont, um auf die Sieger moderierend einzuwirken. Mit eindringlichen Worten, in väterlich besorgtem Ton, manchmal auch mit leicht erhobenem Drohfinger predigte der würdige alte Canning den jungen radikalen Heißspornen Mäßigung und noch einmal Mäßigung. Es sei von höchster Wichtigkeit, daß die Tagsatzung ihren Sieg mit Moderation ausnütze und nicht etwa an Stelle des Sonderbundes nun selber den Bundesvertrag verletze. Diese Verfassung sei ein Bund zwischen souveränen Staaten und könne gesetzmäßig nur mit Einstimmigkeit der Glieder revidiert werden. Wenn große Aenderungen zum allgemeinen Wohl vorgenommen würden, so dürfe dabei keine Gewalt angewendet werden.

Es lag durchaus im Naturell und in der politischen Einstellung Ochsenbeins, die Politik der Tagsatzung der Richtung englischer Ratschläge anzunähern. Die Linksradikalen jedoch wollten nicht auf die teuersten Früchte ihres Sieges verzichten, sondern ihn ihren Parteizwecken dienstbar machen. Nichts hätte ihren Wünschen größeren Vorschub leisten können als die feindlich-starre Haltung der Ost-

mächte. Auf Antrieb vor allem Preußens wurde eine europäische Konferenz in Neuenburg mit sehr scharfem Programm vorbereitet, das Aufhebung der schweizerischen Neutralität und Zwangsmaßregeln gegen die Eidgenossenschaft vorsah. Aber der Deutsche Bund, den man hiezu einlud, lehnte ab, und auch Guizot, von seinen Ministerkollegen zurückgehalten, versagte sich. Wiederum hielt Palmerston seinen Schild vor die schweizerische Neutralität: Solange die Eidgenossenschaft selber keine neutralitätswidrige Handlung begehe, dürfe keine auswärtige Macht «sich diktatorisch in ihre innern Angelegenheiten mischen». Nachdem unendlich ausführlich hin und her verhandelt und geschrieben worden war — die Akten über die Schweizer Frage füllen in den auswärtigen Archiven viele dicke Bände —, gebar der Berg wieder nur eine Maus: Es kam bloß die Kollektivnote vom 18. Januar zustande, worin die Ostmächte und Frankreich erneut ihre These von den 1815 vertragsmäßig festgelegten Wechselbeziehungen zwischen der an die Eidgenossenschaft gewährten Neutralität und der Verpflichtung der Schweiz zur Aufrechterhaltung des Bundesvertrags, mit falscher geschichtlicher Beweisführung unterbaut, vortrugen.

Auf diese großmächtliche Litanei antwortete die Tagsatzung mit einer von Jonas Furrer verfaßten, im Ton maßvoll und doch entschieden gehaltenen Staatsschrift. Sie wandte sich in sachlichen und gründlichen Ausführungen über die Verhältnisse von 1815 gegen die Theorie des Auslandes, als ob damals vertragsgemäß etwas niedergelegt worden wäre, «das auf die Beschränkung einer künftigen selbständigen Entwicklung der Bundesorganisation hinweisen würde». Aus diesen Ereignissen und dem klaren Wortlaut der angeführten Akten schöpfe demnach die Tagsatzung die vollendete Ueberzeugung, «daß die Bundesverfassung selbst niemals garantiert, und somit die der Schweiz zugesicherte Neutralität nie an die Bedingung gewisser Formen der Bundeseinrichtungen geknüpft» worden sei. Die Eidgenossenschaft sei im Bewußtsein ihrer Geschichte und ihrer Interessen weit entfernt, eine Bundesverfassung anzustreben, in welcher die Souveränität der Kantone und der föderative Charakter der Schweiz beseitigt wären. Dennoch glaube sie, «das jedem Staate inhärierende, freie Konstituierungsrecht als die Grundbedingung jeder nationalen Selbständigkeit» wahren zu sollen, als ein Recht, auf das sie nie verzichtet habe. Es werde das ernste Bestreben der Schweiz sein, die Wünsche der Mächte in bezug auf die Erhaltung des inneren Friedens zu verwirklichen. Das werde ihr um so eher gelingen, je mehr die in der Neutralitätsakte ausgesprochene Unabhängigkeit von jedem fremden Einfluß ihre volle Anerkennung finde.

Auf der ganzen Linie wurde also das verstiegene Ansinnen der

Mächte abgelehnt. Furrers Note schloß eine lange Periode großmächtlicher Interventionspolitik vorläufig ab. Die Antwort der Tagsatzung fand den Beifall auch vieler Konservativer, die durch die unaufhörlichen Einsprüche fremder Staaten in ihrem vaterländischen Empfinden verletzt wurden und sich über diese Zurechtweisung des Auslandes freuten. Daß die Mächte sie nicht hinnehmen wollten, stand zu erwarten. Aber ihre langfädigen Verhandlungen über bewaffnetes Einschreiten gingen im Strudel der europäischen Revolution unter.

Nun gaben auch die geflohenen Leiter des Sonderbundes ihre Hoffnung auf Rettung durch das Ausland auf. Es muß als erwiesen gelten, daß Siegwart nach Ausbruch des Kriegs, als er der erdrückenden Uebermacht der Gegner inne wurde, das langerwogene Begehren um bewaffnete Intervention an die Mächte richtete. Bernhard Meyer und einige Mitglieder des Kriegsrates hatten — nach dem Geständnis Siegwarts — ein solches Gesuch schon lange befürwortet, waren aber in Minderheit geblieben. Siegwart hatte in Briefen an den österreichischen Gesandten etwa die Möglichkeit eines späteren Hilfegesuchs an die Mächte angedeutet, verließ sich aber vorderhand noch in erster Linie auf die eigene Kraft. Im eingeschlossenen Luzern überkam ihn nun das Gefühl völliger Verlassenheit. Er befand sich in einer verzweifelten Lage, die ans Tragische grenzte. Bisher hatte er den Sonderbündischen immer wieder mit der von ihm selbst genährten Hoffnung auf Hilfe durch die Mächte Zuversicht eingeflößt. Man hatte ihm geglaubt und die Ordnung der diplomatischen Angelegenheit ganz ihm überlassen. Nun sah er als oberster Verantwortlicher zuerst ein, wie schnöde ihn das Ausland im Stiche ließ und durfte von dieser schrecklichen Erkenntnis seiner Umgebung nichts verlauten lassen, um sie in ihrem letzten Widerstandswillen nicht zu lähmen. War seine Hoffnung auf die Hilfe der Mächte ein Grundirrtum, den nun ein ganzes Land büßen mußte? Hatte er sein Volk, das ihm vertraute, in den Abgrund geführt? Er scheint in jenen Tagen von den verzweifeltsten Stimmungen hin und her geworfen worden zu sein. Aber sein starkes Herz hielt durch, indem er seine Sache ganz auf den Allmächtigen stellte. Seit langem schon pflegte er die Angelegenheit des Sonderbundes mit der Sache Gottes zu identifizieren. Nicht in quietistischer Resignation, sondern in angespanntester Aktivität erwartete er die kommenden Ereignisse. Wenn der bisher beschrittene Weg zur Erlangung irdischen Beistandes nicht ans Ziel führte, und alles um ihn her zusammenzubrechen drohte, so half vielleicht der direkte Appell an die Waffen des Auslandes. Das Volk, dessen Beauftragter er nach der geltenden demokratischen Verfassung war, erwartete diesen Schritt von ihm, drängte ihn dazu. Aus solchen Situationen und Erwägungen heraus stieß er, erst

am 20. November, seinen Hilfeschrei an Radetzky aus: «Wenn Sie uns nicht unverzüglich wenigstens im Tessin zu Hilfe eilen, so gehen wir, menschlich gerechnet, zugrunde.» Ueberlegter, ruhiger bat er Metternich um «militärische Hilfe, Geld und Lebensmittel — alles von Italien aus durch Tessin».

Auf der qualvollen Flucht, fern von der Heimat, stellte Siegwart von Brig aus am 26. November namens des Kriegsrates «bei dem Kaiserhause Oesterreich das bestimmte und förmliche Begehren einer bewaffneten Intervention zum Schutz unserer Rechte und Freiheit», dessen «unverzüglicher Gewährung» er mit «Sehnsucht und Vertrauen» entgegensehe. Gleichen Tags schrieb er dem militärischen Befehlshaber Oesterreichs nach Mailand, die Besetzung des Tessins durch österreichische Truppen sei für die Sonderbündischen die conditio sine qua non ihrer Existenz; diese Besetzung dürfe aber nicht um einige Tage verspätet werden, sondern müsse unverzüglich erfolgen. Je vollständiger und unbedingter der Sieg der Tagsatzung sich in der ganzen Schweiz auszuwirken begann, desto fester klammerte sich der landesflüchtige Siegwart an den Strohhalm der Intervention. Er begehrte bewaffnetes Einschreiten jetzt nicht mehr bloß in das Tessin, sondern allgemein. Am 2. Dezember richtete er von Domodossola aus ein direktes Gesuch an Metternich: «Wenn die Großmächte zögern und nicht mit Uebermacht dem Radikalismus in der Schweiz den eisernen Arm fühlen lassen, so werden sie vermutlich zu spät bereuen, daß sie den Herd der Revolution nicht anfänglich zerstört haben ... also eine bewaffnete sofortige Intervention der Großmächte ist es, um was ich und mit mir alle Freunde des Rechtes in der Schweiz flehen.»

Als aber alle seine inständigen Bitten um bewaffnetes Eingreifen des Auslandes unerhört blieben, bereute Siegwart tief, nicht angriffsweise vorgegangen zu sein und die bewaffnete Intervention der Mächte nicht früher in aller Form angerufen zu haben. In seinem Memoirenwerk bemüht er sich sogar, nachzuweisen, wie völlig berechtigt er gewesen wäre, das zu tun. Die juristische Frage, ob Siegwart Hochverrat und Landesverrat begangen habe, interessiert den Nachkommen nicht mehr so angelegentlich, wie sie die Zeitgenossen beschäftigte. Bekanntlich hat die Eidgenossenschaft erst 1856 wegen mangelnder Beweise den Landesverratsprozeß gegen Siegwart suspendiert, nicht niedergeschlagen. Nachdem die Leidenschaften der Zeit ausgeglüht haben und die dramatischen Vorgänge in ihrer vielfältigen Verflechtung und Bezogenheit vor uns liegen, ist es für die historische Erkenntnis fruchtbarer, das Verhalten der Sonderbundsführer aus ihrer persönlichen Wesensart, ihren Absichten, ihrer Umgebung, ihrer Epoche und besonderen geschichtlichen Lage verstehen und bewerten zu lernen.